Bundeswehr schließt Boelcke-Kaserne in Kerpen

Stadt fordert Ausgleich

Die Hiobsbotschaft kam am Mittwochmorgen aus dem Bundesverteidigungsministerium in Berlin: Im Zuge der Bundeswehrstrukturreform wird die Boelcke-Kaserne am Standort Kerpen geschlossen.

Erster Beigeordneter Peter Knopp: „Die Entscheidung der Bundeswehr traf uns überraschend. Da wir zurzeit noch keine Details wissen, insbesondere in welchem Zeitrahmen die Schließung vorgenommen wird, können wir die Folgen für Kerpen noch nicht abschätzen. Der geplante Wegfall von rund 600 Dienstposten wird die Stadt aber auf jeden Fall empfindlich treffen.“

In der Boelcke-Kaserne sind zurzeit 720 Soldatinnen und Soldaten stationiert. Ca. 140 von ihnen gehören zum Boelcke-Geschwader und sollen nach Nörvenich verlegt werden. Die weiteren Dienstposten entfallen auf das II. Objektschutzbataillon und das Sanitätszentrum. Diese beiden Einheiten sollen aufgelöst werden.

Positiv sieht Erster Beigeordneter Knopp, dass das Jagdbombergeschwader 31 „Boelcke“ in Nörvenich verbleibt. „Falls Nörvenich auch geschlossen worden wäre, hätte dies einen Wegfall von 2.000 Arbeitsplätzen und einen jährlichen Kaufkraftverlust von 50 Mio. € in der Region bedeutet.“

Seit mehr als 50 Jahren genießen das Geschwader, die Soldaten und zivilen Beschäftigten in Nörvenich und Kerpen eine außergewöhnlich breite Akzeptanz in der Bevölkerung. Die militärischen und zivilen Angehörigen sind voll in die Gesellschaft integriert.

„Die geplante Schließung hat also nicht nur einen wirtschaftlichen sondern auch einen menschlichen Aspekt. Mit den Bundeswehrangehörigen verlieren wir engagierte Ehrenamtler und Vereinsmitglieder, sowie Familien und Kinder an unseren Kindergärten und Schulen“, so der Erste Beigeordnete.

Knopp fordert einen Ausgleich für den Wegfall der 720 Dienstposten in Kerpen: „Wir brauchen jetzt die Unterstützung von Bund und Land.“

Das betrifft auch das Kasernengelände. Wenn die Details der Schließung auf dem Tisch sind, muss überlegt werden, was hier stadtplanerisch möglich ist. Auch muss untersucht werden, ob und welche Altlasten vorhanden sind.

„Ohne geeignete Konversionsmaßnahmen des Bundes wird die Stadt diese große Aufgabe nicht meistern können“, stellt der Erste Beigeordnete klar.